

Kolumbien: Der absehbare Triumph des Musterschülers

In Kolumbien finden im laufenden Jahr Parlamentswahlen (17. März) und Präsidentschaftswahlen (28. Mai) statt. Sie werden innerhalb eines neuen rechtlichen Rahmens durchgeführt, der bedeutende Veränderungen im Wahl- und Parteiensystem enthält, u.a. die Möglichkeit der unmittelbaren Wiederwahl des amtierenden Präsidenten. Alles weist darauf hin, dass in diesem Kontext Präsident Alvaro Uribe - im Gegensatz zu der Linkstendenz anderer Länder in der Region - ein neues Mandat erreicht und den frontalen Kampf gegen die Guerilla weiterführt, sowie sich bedingungslos den USA unterordnet.

Juan Fernando Jaramillo

Die kolumbianische Politik wurde bisher von zwei Parteien bestimmt, die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden sind: Liberale und Konservative. Eine Besonderheit Kolumbiens ist gerade die Beständigkeit dieses Zweiparteiensystems, das zwar auch in den anderen iberoamerikanischen Ländern existierte, sich aber in den meisten im Laufe des 20. Jahrhunderts grundlegend erneuert hat.

Die bedeutende Rolle dieser beiden Parteien im politischen Leben des Landes hatte zur Folge, dass Wahlen allgemein als angemessenes Verfahren zur Entscheidung der politischen Machtkämpfe angesehen wurden. Die Stärke der beiden Parteien brachte außerdem mit sich, dass im Gegensatz zu anderen

lateinamerikanischen Ländern die Streitkräfte in Kolumbien keine politische Hauptrolle spielten und es nur wenige Militärregierungen gab.

Paradox erscheint allerdings, dass diese lang anhaltende Tradition von Zivilregierungen von einer politischen Gewalt begleitet wurde, die bis in die heutige Zeit reicht. Sowohl die Liberale als auch die Konservative Partei waren Protagonisten verschiedener Bürgerkriegsphasen. Nach der letzten, der so genannten «*Violencia*» (Ära der Gewalt) von 1948 bis 1958, kamen beide Parteien überein, eine Nationale Front (*Frente Nacional*) zu bilden, um die bewaffneten Auseinandersetzungen beizulegen. Dieser Pakt bestimmte, dass beide Parteien sechzehn Jahre lang - von 1958 bis 1974 - unabhängig von den Wahlergebnissen die Macht teilen würden.

Durch die Nationale Front wurde die Gewalt zwischen beiden Parteien beendet und es gelang, den Einfluss der katholischen Kirche auf die politische Auseinandersetzung zu neutralisieren. Aber gleichzeitig gelang es beiden Parteien immer weniger, sich voneinander zu differenzieren, und sie wurden von inneren Spaltungen und Vetternwirtschaft heimgesucht. Außerdem verloren sie an Volksnähe und Kontrolle über die Bevölkerung und ihre diversen Organisationen. Dies führte zu einem permanenten Rückgriff der Regierungen auf die Ausrufung des Ausnahmezustands, was alle Protestaktionen in die Illegalität drängte. Auch trug das wiederholte Misslingen von Konsolidierungsversuchen anderer politischer Kräfte zur Stärkung und Ausweitung verschiedener Guerillagruppen bei. Auf diese Weise begann eine neue Welle politischer Gewalt, die später durch den Drogenhandel und die Entstehung von paramilitärischen bzw. Selbstverteidigungsgruppen verstärkt wurde.

Im diesem Szenario zunehmender Gewalt wurden Stimmen laut, die eine Reform der Institutionen zur Herstellung von Frieden und Stabilität forderten. Mit diesem Ziel wurde 1991 eine verfassungsgebende Versammlung einberufen, an der sich sowohl eine große Zahl von Mitgliedern der beiden traditionellen Parteien als auch von Vertretern demobilisierter Guerrillagruppen, indigener Organisationen sowie Bewegungen protestantischer Herkunft beteiligten.

Die Verfassung von 1991: Ziele und Enttäuschungen

Die Verfassung des Jahres 1991 wurde als Ausdruck eines neuen Sozialpakts verstanden, der es den Kolumbianern ermöglichen sollte, ein neues Land

aufzubauen und den Frieden zu sichern. Sie sollte noch aus der Kolonialzeit überlieferte Probleme wie Autoritarismus, religiöse Intoleranz, ethnische und kulturelle Diskriminierung und eine eingeschränkte politische Beteiligung lösen. Deshalb enthielt die neue Verfassung eine lange Aufzählung von Menschenrechten und schuf außerdem Institutionen zu deren Verteidigung. Unter anderem erkennt sie die ethnische und kulturelle Vielfalt an, erläßt Normen, um die Politik für neue Parteien und Bewegungen zu öffnen, bestätigt verschiedene Verfahren zur Volksbeteiligung, erklärt die religiöse Neutralität des Staates und setzt der Ausrufung des Ausnahmezustands strenge Grenzen.

*Die Verfassung
des Jahres 1991
wurde als
Ausdruck eines
neuen Sozialpakts
verstanden*

Die Verfassung von 1991 brachte beachtliche Ergebnisse für die Gewährleistung der Bürgerrechte und die Gestaltung einer demokratischeren und politisch integrierenderen Gesellschaft. Doch viele Erwartungen wurden auch enttäuscht, und es ist offensichtlich, dass der Frieden nicht hergestellt werden konnte. Im Gegenteil, im Laufe der 90er Jahre sind die Guerrilla und die paramilitärischen Gruppen überproportional gewachsen, was zum Teil daher kam, dass sie sich dem Drogenhandel zuwendeten. Diese Situation verschärfte den bewaffneten Kampf, was weitreichende Menschenrechtsverletzungen zur Folge hatte. Eine der schlimmsten davon ist das durch die Vertreibungen verursachte menschliche Elend.

Wenn auch Anfang der 90er Jahre Fortschritte im Kampf gegen die Armut und die soziale Ungleichheit gemacht wurden, gingen diese Errungenschaften nach der wirtschaftlichen und politischen Krise in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts verloren. Zum Jahrtausendwechsel war daher eine Verschlimmerung der Armut bei gleichzeitig zunehmender Konzentration des Reichtums zu beobachten, so dass Kolumbien zu den Ländern Lateinamerikas mit der größten Ungleichheit gehört.

Schließlich hatte die Verfassung auch zum Ziel, das politische System zu demokratisieren, es für neue Organisationen zu öffnen und die Identifizierung der Bürger mit den Institutionen zu fördern. Aus diesem Grund erhielten die indigenen Gruppen und die schwarze Bevölkerung eine Mindestzahl von Vertretern im Parlament. Es wurden Maßnahmen getroffen, um Transparenz und Chancengleichheit bei den Wahlen zu sichern. Die Präsidentenwahl erfuhr eine Umstellung auf ein Mehrheitswahlsystem. Das Verfahren zur Wahl

der Senatoren wurde verändert und es traten sehr großzügige Regeln für die Gründung und Organisation von Parteien und Bewegungen, sowie für die Kandidatennominierung in Kraft.

Die Gesetze trugen zur Entstehung neuer Gruppierungen bei, die sich von den beiden traditionellen Parteien unterscheiden - aber letztere erhalten trotzdem

***Die neuen
Wahlregeln führten
zur extremen
Fragmentierung
der politischen
Organisationen***

noch immer den größten Stimmenanteil. Gleichzeitig führten die neuen Wahlregeln zur extremen Fragmentierung der politischen Organisationen, sowohl der etablierten als auch der neuen. Das hat die politischen Parteien und das Parlament sehr geschwächt, weshalb beide in der Öffentlichkeit ein schlechtes Image haben.

Die Regierungen von Pastrana und Uribe

Bei den Präsidentschaftswahlen 1998 gewann in der zweiten Runde der konservative Andrés Pastrana. Sein Sieg über den liberalen Horacio Serpa hatte vor allem zwei Gründe: seine Annäherung an die Guerrilla der *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), die Hoffnungen auf einen Friedensvertrag weckte; sowie das Misstrauen gegen Serpa in weiten Kreisen der Gesellschaft, seit er den ausscheidenden Präsidenten Ernesto Samper (1994-1998) im Skandal um die Finanzierung von dessen Wahlkampagne mit Drogengeldern vorbehaltlos verteidigt hatte.

Als Pastrana an die Macht kam, hatte er gegen eine starke Wirtschaftskrise zu kämpfen, die zu einer Arbeitslosenrate von fast 20% führte. Er beschloss, die Beziehungen zu den USA zu stärken, die unter den Anklagen gegen Samper gelitten hatten, und leitete die ersten Schritte des «*Plan Colombia*» (Kolumbien-Plan) ein. Dieser bestand zunächst in der Kooperation beider Länder bei der Bekämpfung des Drogenhandels und dehnte sich dann auf den Kampf gegen alle illegalen bewaffneten Gruppen aus. Weiterhin begann Pastrana, wie erwartet, bald Friedensverhandlungen mit der Guerrilla FARC. Zu diesem Zweck zog er die staatlichen Sicherheitskräfte aus einem weiten Gebiet zurück, in dem sich dann die Guerrillaführer treffen konnten. Der Dialog blieb trotz alledem erfolglos. Die Ausschreitungen der FARC, die während der Gespräche den Waffenstillstand nicht einhielten und weiterhin die internationalen Menschenrechte verletzten, führten zu einer allgemeinen Ablehnung der Verhandlungen.

An die Spitze der Unzufriedenheit der Bevölkerung stellte sich Álvaro Uribe, der dafür plädierte, den Ausschweifungen der FARC energisch entgegenzutreten. Diese Einstellung sicherte ihm den Sieg in den Wahlen des Jahres 2002, bei denen er mit einer der Liberalen Partei abtrünnigen Liste kandidierte und von der Konservativen Partei unterstützt wurde. Überraschenderweise erhielt Uribe im ersten Wahlgang mehr als 50% der Stimmen. Und wiederum war der unterlegene Gegenkandidat Horacio Serpa.

Uribe stärkte die Beziehungen zu den USA weiter. Er erreichte eine Verlängerung des «Kolumbien-Plans» und die Einbeziehung des Kampfs gegen die illegalen bewaffneten Gruppen in die Antiterrorismuspolitik des Präsidenten George W. Bush. Uribe entwickelte eine Strategie der «demokratischen Sicherheit», die den Schwerpunkt auf die militärische Bekämpfung der FARC legte und dazu umfangreiche Manöver gegen deren Bastione in den Tropenwäldern durchführte. So gelang es ihm, dass sich diese Gruppe in entferntere Gebiete zurückzog und ihre Angriffe in den zentralen Regionen und Verkehrswegen des Landes drastisch zurückgingen. Gleichzeitig zeigte Uribe sich zu Gesprächen mit der FARC bereit, doch die von beiden Seiten gestellten Bedingungen haben bis jetzt keine Annäherung ermöglicht. Daher beschränken sich die Beziehungen im Moment auf den Vorschlag eines Geiselaustauschs, um zu erreichen, dass die FARC eine große Zahl schon seit mehreren Jahren entführter Mitgliedern der staatlichen Sicherheitskräfte und politischer Persönlichkeiten freilässt.

Uribe stärkte die Beziehungen zu den USA weiter

Auf der anderen Seite hat die Regierung auch Gespräche mit den paramilitärischen Gruppen aufgenommen, um ihre Demobilisierung zu erreichen. Auf Grund der Verhandlungen haben bisher mehr als 14 000 ihrer Mitglieder die Waffen niedergelegt, und es wird erwartet, dass in Zukunft noch viel mehr dazu kommen werden. Um diesen Prozess zu regeln, hat das Parlament das sogenannte «Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden» (*Ley de justicia y paz*) erlassen. Dessen Kritiker betonen, dass es den internationalen Maßstäben für «Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung» nicht entspricht, da es der Justiz nicht die nötigen Mittel zur Wahrheitsfindung bereitstellt, die Strafen sehr gering sind, keine Verfahren für die Wiedergutmachung festgelegt werden und die endgültige Auflösung dieser Gruppen nicht gewährleistet wird. Dies wird mit großer Sorge wahrgenommen, sowohl wegen der Verbrechen, derer sich die paramilitärischen Gruppen schuldig gemacht haben, als auch, weil sie weiterhin über große politische und wirtschaftliche Macht verfügen.

Ihre gewaltsame Aneignung von Ländereien hat so weit geführt, dass von einer «Gegen-Agrarreform» gesprochen werden kann.

Im Zusammenhang mit den Friedensgesprächen fanden Ende 2005 Annäherungen an die Guerrilla der ELN (*Ejército de Liberación Nacional*) statt, einer in verschiedenen Gebieten des Landes präsenten Guerrillagruppe, die jedoch zahlenmäßig deutlich schwächer ist als die FARC. Die Verhandlungen sollen im Jahre 2006 wieder aufgenommen werden. Obgleich ihr Ergebnis ungewiss ist, steht fest, dass beide Seiten an einem Übereinkommen interessiert sind: Die Regierung, weil ein positives Ergebnis ihr dazu dienen würde, ihre Vorgehensweise im Bezug auf die paramilitärischen Gruppen zu legitimieren und der ELN, weil sie seit mehreren Jahren politisch und militärisch immer schwächer wird.

Uribe hatte auch gegen eine Wirtschaftskrise zu kämpfen, weshalb er Maßnahmen zu Gunsten des Kapitals ergriff. Die wirtschaftliche Situation des Landes erholte sich etwas dank einer Zunahme der Investitionen - die zum Großteil den verbesserten Sicherheitsbedingungen zuzuschreiben sind -, der guten Weltmarktpreise der von Kolumbien exportierten *commodities* und der Abwertung des Dollars. Ende 2005 erreichte das wirtschaftliche Wachstum fast 5%, während die Arbeitslosenrate auf 10% sank (wird jedoch die Unterbeschäftigung dazugezählt, steigt die Zahl der Arbeitsuchenden auf 32,6%). Die Regierung hofft, diese Zahlen durch die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit den USA zu verbessern, ein Projekt, das ebenfalls auf breite Kritik stieß. Wenn auch am Anfang an gemeinsame Verhandlungen mit Peru und Ecuador gedacht wurde, verliefen diese schließlich unabhängig voneinander. Im Fall von Kolumbien gestalten sich die Verhandlungen schwierig, da es Uneinigigkeiten bei den Themen Landwirtschaft und geistiges Eigentum gibt, letzteres mit schwerwiegenden Auswirkungen auf den Arzneimittelmarkt und das öffentliche Gesundheitswesen.

Während Uribes Präsidentschaft wurden wichtige Änderungen in der Regelung der Politik eingeführt. So verabschiedete das Parlament eine Verfassungsreform, die u. a. die Voraussetzungen für die rechtliche Zulassung von Parteien und politischen Bewegungen erhöhte, die Mitgliedschaft in mehr als einer Partei verbot und den Parteien eine demokratische Organisation auferlegte. Jede Partei darf nur einen Kandidaten und eine Liste pro Wahlkreis aufstellen. Außerdem wurde das D'Hondtsche System zur Bestimmung der

Zahl der Parlamentssitze eingeführt und den Wahlen für repräsentative Volksversammlungen rechtliche Grenzen gesetzt. Die Parteien erhielten das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie Personenwahl oder Listenwahl benutzen.

Andererseits hat die Regierung eine Verfassungsreform umgesetzt, die die unmittelbare Wiederwahl des amtierenden Präsidenten für ein zweites Mandat ermöglicht, woraus Uribe Nutzen ziehen kann. Zusammen mit dieser Reform erließ das Parlament eine Satzung, die allen Präsidentschaftskandidaten gleiche Ausgangsbedingungen garantieren soll: Es wurden Wahlgarantien erlassen, in denen u.a. vorgesehen ist, dass 80% der Wahlkampfausgaben vom Staat getragen werden und ein hoher, einheitlicher Vorschuss für diese Ausgaben bezahlt wird. Außerdem werden Pluralismus und eine ausgeglichene Behandlung der Parteien in Rundfunk und Fernsehen gewährleistet, sowie eine Reihe von Beschränkungen für die Wahlkampagne des amtierenden Präsidenten festgelegt, falls dieser sich um ein erneutes Mandat bewirbt.

Die Verfassungsreform zur Genehmigung der Wiederwahl des Präsidenten und die Gesetzesvorlage zur Gewährleistung der Gleichberechtigung bei den Wahlen wurden vom Verfassungsgericht überprüft, das zu dem Schluss kam, es sei nicht verfassungswidrig, «eine einmalige Wiederwahl des Präsidenten zu ermöglichen, wenn ein Statut vorhanden ist, das die Rechte der Opposition schützt». Auch die meisten anderen Gesetze wurden als verfassungsrechtlich unbedenklich bewertet, wenn auch eine Reihe von Beschränkungen mit dem Ziel eingeführt wurde, die Chancengleichheit der anderen Kandidaten zu garantieren.

Die Wahlen 2006

Am 17. März 2006 finden die Parlamentswahlen und am 28. Mai die Präsidentschaftswahlen statt. Es wird ein von Gewalttaten und Drohungen begleiteter Wahlkampf befürchtet, da die FARC bereits mit Überfällen und Attentaten begonnen hat, die zentrale Ansatzpunkte von Uribes Wahlkampf sind. Andererseits haben die paramilitärischen Gruppen, denen bis zu ihrer völligen Demobilisierung die Beteiligung an den Wahlen untersagt ist, bereits begonnen, in den von ihnen kontrollierten Gebieten ihre bevorzugten Kandidaten zu unterstützen.

Uribe hat unter Berufung auf das neue Wahlrecht seine Kandidatur bekanntgegeben. Er wird von der Konservativen Partei, vier kürzlich entstanden Parteien und einigen unabhängigen Gruppen unterstützt. Die anderen Kandidaten kommen von der Liberalen Partei (obwohl deren Kandidat durch eine Befragung bestimmt wird, weist alles darauf hin, dass es wiederum Horacio Serpa sein wird), dem *Polo Democrático Alternativo* (der hofft, die Stimmen der linken Bewegungen für sich zu gewinnen und auch in den nächsten Monaten seinen Kandidaten wählen wird) und einer indigenen Partei (die Antanas Mockus nominiert, einen unabhängigen Politiker, der bereits zwei Mal Bürgermeister von Bogotá war).

***Höchstwahrscheinlich
wird Uribe sich
durchsetzen***

Höchstwahrscheinlich wird Uribe sich durchsetzen. Dank seiner Sicherheitspolitik und weil er es geschafft hat, den Eindruck eines fleißigen, an den Problemen seines Landes interessierten Präsidenten zu vermitteln, führt er die Umfragen an. Dazu kommen seine geschickten populistischen und klientelistischen Praktiken sowie die wirtschaftliche Besserung in der letzten Zeit. Damit wird er versuchen, seine größte Schwäche zu verdecken: das Fehlen von Ergebnissen in der Sozialpolitik. Unter diesen Vorzeichen bleibt wahrscheinlich nur noch die Frage offen, ob Uribe, wie während den letzten Wahlen, bereits im ersten Wahlgang gewinnen wird.

Die Parlamentswahlen werden mit Ungewissheit und Spannung erwartet, da zum ersten Mal die oben erläuterten neuen Bestimmungen in Kraft treten. Um die Wahlzulassung zu erreichen und die nötige Stimmenanzahl zu sichern, um Sitze im Parlament erringen zu können, haben sich Zusammenschlüsse und Wahlbündnissen gebildet. Es ist eine deutliche Verminderung der Zahl von politischen Parteien und Bewegungen abzusehen (allein das Inkrafttreten des Parlamentbeschlusses 001 hatte im Jahre 2003 zur Folge, dass 14 der 68 Parteien und Bewegungen ihre Zulassung verloren). Auch ist die Abnahme der vorgelegten Kandidatenlisten zu erwarten, da jede Partei nur eine einzige aufstellen darf.

Viele der jetzigen Parlamentsmitglieder - hauptsächlich jene, die in den letzten Wahlen von der Liberalen Partei aufgestellt worden waren - sind zu den neuen, von Uribe geschaffenen Parteien übergetreten. Dies wird es ihnen sicher ermöglichen, gemeinsam die Parlamentmehrheit zu stellen. Trotzdem wird der Präsident vorraussichtlich weiterhin Schwierigkeiten haben, sich die

Unterstützung der Parlamentsmitglieder zu sichern. Dieses Problem könnte sich sogar in Zukunft noch zuspitzen, vor allem, wenn man die Konflikte zwischen den Uribe-Anhängern beobachtet, und weil die Verfassung eine weitere Kandidatur des Präsidenten nicht zulässt.

Trotzdem ist es ziemlich sicher, dass die Liberale Partei eine beachtliche parlamentarische Vertretung erzielt, vielleicht die größte einer einzelnen Partei, da sie weiterhin über einen guten Teil ihres bewährten Wahlapparats verfügt. Die Konservative Partei wird sehr wahrscheinlich ihren Parlamentsanteil beibehalten, und es ist auch zu erwarten, dass es dem *Polo Democrático Alternativo* gelingt, die Stimmen der demokratischen Linken auf sich zu ziehen und eine beachtliche Fraktion zu bilden.

Der Polo Democrático Alternativo könnte die Stimmen der demokratischen Linken auf sich ziehen

In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob die Strategie, bei zwei Präsidentschaftswahlen keinen eigenen Kandidaten aufzustellen – um Uribe zu unterstützen und im Gegenzug einen beachtlichen Teil der Bürokratie besetzen zu können – dem Ansehen der Konservativen Partei bei der Wählerschaft nicht geschadet hat. Andererseits ist auch die Zukunft der Uribe-Parteien ungewiss: Jede bildet eine Art Föderation politischer Führungsfiguren und dem Präsidenten nahestehender Persönlichkeiten, zwischen denen ansonsten kaum Kohäsion besteht. Da Uribe nicht viel von den Parteien hält und sich nie von seinen liberalen Überzeugungen losgesagt hat, ist es gut möglich, dass nach Ablauf seines Mandats viele der ehemaligen liberalen Parteiführer die Wiederaufnahme in ihrer Herkunftspartei verhandeln werden.

So würde sich eine in der kolumbianischen Politik immer wiederkehrende Abfolge noch einmal wiederholen: Die etablierten Parteien spalten sich zu einem gewissen Zeitpunkt, diese Fraktionierungen werden dann langsam wieder überwunden bis sich die beiden ursprünglichen «Familien» - die liberale und die konservative - erneut gebildet haben. Deshalb kann eine tatsächliche Wende im Parteiensystem eigentlich nur von der Linken kommen. Die neuen Wahlregelungen bieten die Chance zur Konsolidierung einer demokratischen Linkspartei: Erstens, weil sie die verschiedenen Bewegungen zu einer Neuordnung zwingen und zweitens, weil das Gesetz der Wahlgarantien für den Präsidentschaftswahlkampf es ihnen ermöglicht, auf nationaler Ebene eine Hauptrolle zu spielen. Die politischen Aussichten der Linken werden von den Ergebnissen der Gemeinde- und Bezirkswahlen abhängig sein, sowie davon, ob sie eine Einheit bilden und die Waffengewalt aus dem Wahlkampf verbannen können.

Schlussfolgerung: Die Aussichten für die Regierung

Der absehbare Wahlsieg Uribes lässt eine Fortsetzung der derzeitigen Innen- und Außenpolitik erwarten. Auf internationaler Ebene wird Kolumbien versuchen, sein besonderes Verhältnis zu den USA weiterhin zu bewahren. Doch neuerdings schenkt es anderen Ländern der Region mehr Aufmerksamkeit, insbesondere seinen Nachbarländern Venezuela und Ecuador, mit denen es umfangreiche Handelsbeziehungen unterhält, die aber teilweise von den politischen Umständen beeinträchtigt wurden. Außerdem wird Kolumbien versuchen, sich nicht definitiv von den derzeitigen Integrationsbemühungen des Subkontinents zu distanzieren.

Innenpolitisch wird die Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen fortgesetzt und das Gerechtigkeits- und Friedensgesetz in die Praxis umgesetzt werden; dies wird von den kolumbianischen und internationalen Beobachtern aufmerksam verfolgt werden, da eine mögliche Paramilitarisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Kolumbien zu befürchten ist. Zudem sind etliche Anführer der Paramilitärs bekannte Drogenhändler, gegen die Auslieferungsersuchen vorliegen, so dass die Haltung der USA zu diesem Prozess sehr wichtig sein wird. Gleichzeitig wird sicher auch die Annäherung an die ELN fortgesetzt, und die Offensive gegen die FARC wird verschärft werden, um bessere militärische Ergebnisse vorzuweisen und sie zu Friedensgesprächen zu zwingen.

Alles weist darauf hin, dass in diesem Kontext die Opposition sehr darauf bedacht sein wird, dass keine Verfassungsreformen vorgenommen werden, die die Bürgerrechte beeinträchtigen und die Kontrolle über die Regierung einschränken könnten.

Abschließend bliebe nur noch hinzuzufügen, dass Kolumbien einen eigenen politischen Weg geht, und zwar im Gegenverkehr zu den Haupttendenzen in der Region. Zeichnete sich dieses Land in der Vergangenheit dadurch aus, die demokratisch-liberalen Institutionen zu Zeiten beizubehalten, in denen sich sonst überall Militärdiktaturen verbreiteten, so werden heutzutage die Hoffnungen auf eine Regierung gesetzt, die sich auf dem rechten Rand des politischen Spektrums befindet. Damit steht Kolumbien im Gegensatz zur südamerikanischen Tendenz, die Regierung linken Bewegungen anzuvertrauen.